

SÜDKURIER

EUROPA

Noch eine Regierung?



Die europäischen Regierungen drücken sich um eine Entscheidung. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik ist überfällig.

VON DETLEF DREWES, BRÜSSEL

Europa belügt sich seit Jahrzehnten selbst. Schon die einstige „Wirtschaftsgemeinschaft“ war eine Mogelpackung. Ja, man handelte miteinander, öffnete auch die Grenzen. Aber genau genommen blieb die Union stets ein loser Zusammenschluss von Staaten, die ihre Wirtschaftspolitik zur heiligen Kuh erklärten. Natürlich war die griechische Tragödie abzusehen. Aber wer mehr tun wollte, als väterlich den Finger zu heben, wurde abgebrüstet. Bei den Beratungen zum Lissabonner Vertrag ereiferte man sich über den Vorschlag einer gemeinsamen EU-Hymne. Über eine Koordination der Ökonomie wollte keiner reden.

Die Krise hat erüchtert, Athen hat den ohnehin brüchigen Frieden erschüttert. Dass Ministerpräsident Giorgios Papandreu seinen Landsleuten gestern Einschnitte präsentieren musste, die hierzulande zu wochenlangen Ausständen führen würden, ist ein Erfolg, weil die Union zum ersten Mal in dieser Deutlichkeit Einfluss auf ein Mitglied nimmt, dem jeder Sinn für reale Politik abhanden gekommen ist. Aber dabei darf es nicht bleiben.

Europa muss sich entscheiden, ob man wirklich diese Anhäufung von Individualisten bleiben will, wo jeder dem anderen nicht wehtut, obwohl er im dramatischsten Fall mit in die Tiefe gerissen werden könnte. Oder ob man auf dem Weg der europäischen Einigung einen weiteren Schritt macht.

Die Idee einer Wirtschaftsregierung ist über 20 Jahre alt und stammt vom damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Schon er hatte erkannt, dass ein gemeinsamer Markt mehr braucht als offene Grenzen. Sicherlich wird es nicht zum Ritterschlag der Kommission kommen, mit dem sie quasi zum Herrn über die Wirtschafts-

politik der Mitgliedstaaten geadelt werden würde.

Aber wenn die Gemeinschaft nicht einen Weg findet, das, was ohnehin schon eng verwoben ist, auch aufeinander abzustimmen, wird die starke Union weiterhin ein Spielball der Märkte und Spekulanten (ergänzen sollte man wohl noch: der uneinsichtigen Politiker) bleiben. Die derzeitige Situation zeigt, um was es geht: Da werden in Griechenland immer noch 16 Monatsgehälter plus Weihnachts- und Urlaubsgeld für den öffentlichen Dienst gezahlt, während die Bundesrepublik die Roskur schon längst hinter sich hat.

Als ob Athen nicht früher hätte verstehen können, was sich bei anderen schon ankündigte. Aber nein, noch vor Kurzem lehnten die Mitgliedstaaten es ab, unabhängige Prüfer des Europäischen Statistikamtes Eurostat ins Land zu lassen, damit die nicht auf möglicherweise getürkte Zahlen aus den Regierungshauptstädten stoßen.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat einen wichtigen Schritt gewagt, indem er der Union gemeinsame politische Ziele vorgeschlagen hat. Diese sind vernünftig, sie liegen sogar auf der Hand. Ob sie aber auch realistisch sind, steht auf einem anderen Blatt. Machbar wird der Katalog nur, wenn sich die Mitgliedstaaten zu einer neuen Form des Miteinanders entschließen können. Dazu braucht man vielleicht keine eigene Regierung, sicher aber mehr Führung.

Auch der neue Ständige Ratspräsident Herman Van Rompuy hat weder das Format noch die Kompetenzen dazu, sich als Dompfeur der 27 Staats- und Regierungschefs zu profilieren. Solange das institutionelle Gefüge dertart zahllos bleibt, kann es keine Wirtschaftsstrategie mit bindenden Folgen für die Mitgliedstaaten geben. Das hat nicht nur mit dem von Barroso mit Recht kritisierten Nationalismus in der Ökonomie zu tun, sondern vor allem mit der Unfähigkeit, die EU als Gewinn für alle zu akzeptieren.

politik@suedkurier.de



Herkules packt endlich an. JANSSON

SÜDKURIER

Stellvertretender Chefredakteur:

Stefan Lutz (verantwortlich)

Politik und Hintergrund: Dieter Löffler (Leitung), Karina Christen (Stellv.); **Wirtschaft:** Peter Ludascher; **Kultur:** Wolfgang Bager; **Sport:** Ralf Mittmann

Chef vom Dienst: Günter Ackermann

Leiter der Heimatredaktion: Stefan Lutz

Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH, Konstanz

Geschäftsführer: Rainer Wiesner

Verlagsleitung: Michel Bieler-Loop

Anzeigen: Andreas Gruczek

Vertreiber: Erwin Dohm-Acker

SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/999-1485

Abo-Service und Kleinanzeigen:
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000

Internet: <http://www.suedkurier.de>

<http://www.suedkurier-medienhaus.de>

E-Mail-Adressen:
redaktion@suedkurier.de
leserbriefe@suedkurier.de
service@suedkurier.de

anzeigen@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de

Commerzbank Konstanz
Konto-Nr. 270181100; BLZ 690 400 45

Druck: Druckerei Konstanz GmbH

78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180

Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 79 vom 01. 03. 2010 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unvollständige Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.

ZUM TAG

GESAGT IST GESAGT

„Wir wollen mit der Telekommunikationsüberwachung ja keine Schwarzfahrer oder Eierdiebe ermitteln. Es geht hier um Schwerstriminalität.“

Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, zum Urteil über die Vorratsdatenspeicherung

„Es hat in der Vergangenheit ein falsches Ja zu einem falschen Gesetz gegeben. Deshalb ist es nichtig.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesjustizministerin (FDP)

„Der Koalitionsvertrag ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“

Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

ECHT WAHR

Geliebte Heimat

Die Slowakei hat „Heimatliebe“ zur gesetzlich vorgeschriebenen Pflicht gemacht. Das „Gesetz zur Unterstützung der Heimatliebe“ soll in der Bevölkerung Patriotismus und Identifikation mit dem eigenen Staat fördern. Medien und Opposition kritisieren das Gesetz. Unter anderem schreibt das ausgerechnet am 1. April in Kraft tretende Gesetz in, dass in Zukunft alle Sitzungen von Parlamenten und Regierungen vom nationalen Abgeordnetenhaus bis hin zu kleinsten Gemeindevertretungen und sogar öffentlichen Bürgerversammlungen mit dem Absingen der Staats-hymne beginnen sollen. Das gilt auch für alle Sportveranstaltungen. Ursprünglich war auch vorgesehen, dass Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr beim Erhalt ihres ersten Personal- ausweises auf Heimatliebe eingeschworen werden sollten. Dieser Entwurf wurde von der sozialdemokratisch-rechts-populären Regierung aber wieder aus dem Gesetz gestrichen. (dpa)

ONLINE HEUTE

SPEZIAL

Blätterkatalog

Erleben Sie die Zeitung multimedia. Sehen Sie im Live-paper, wie reich und bunt hierzulande die Artenvielfalt ist und wie sich das neue Lebensgefühl der Deutschen äußert. www.suedkurier.de

VIDEO

Echo-Verleihung

Heute Abend wird in Berlin der wichtigste deutsche Musikpreis verliehen – der Echo. Live auf der Bühne treten die Soulsängerin Sade, R&B-Star Rihanna und der Hamburger Rapper Jan Delay auf. www.suedkurier.de/videos

IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 3. März 2010
Ist der Schutz privater Daten wichtiger als Verbrechenbekämpfung?

51% - Ja, die Datenspeicherung erfolgte viel zu unkontrolliert.
49% - Nein, wer kein Verbrechen begeht, hat auch nichts zu verbergen.

Frage heute: Finden Sie das Engagement der Tafeln richtig?
Seite 3
www.suedkurier.de/umfrage

Die Ladenkette für Arme

- Tafeln versorgen eine Million Menschen pro Tag
- Dichtes Netz von Ausgabestellen in der Region
- Kritiker warnen vor Folgen des „Tafelbooms“

VON KARINA CHRISTEN

Um 11.30 Uhr ist die Schlange offensichtlich geworden. Ein kleines Grüppchen wartet vor dem Singener Tafelladen schweigend darauf, herein gewinkt zu werden. Der Laden ist klein. Das Gemüse hat außer Kartoffeln und ziemlich braunen Bananen nicht mehr viel zu bieten. Im Kühlfach liegt nur noch Margarine und eine Menge Aufback-Kräuterbrot. Wer eine Chance auf die beliebten Milchprodukte haben will, muss früher kommen. Dann aber heißt es, sich einreihen in eine gut 50-köpfigen Traube von Wartenden.

Die Singener Tafel ist der regionale Vorreiter einer Idee, die sich inzwischen weithin durchgesetzt hat. Ein recht dichtes Netz von Ausgabestellen für Bedürftige durchzieht die Bodensee-region, den Schwarzwald und das Hochrhein-Gebiet. Dass Singen den Anfang machte, liegt an der sozialen Struktur der Hohentwiel-Stadt. Hier zeigte sich Armut schon früh deutlich als anderswo. Die großen Fabriken der Stadt zogen einst viele ungelernete Arbeiter, auch aus dem Ausland, an. Jetzt kann der regionale Arbeitsmarkt mit diesen Menschen und ihren Nachkommen nichts mehr anfangen.

„Es gibt für Geringqualifizierte fast keine Jobs mehr und wenn, dann sind sie schlecht bezahlt“, sagt der Vorsitzende der Singener Tafel, Udo Engelhardt, illusionslos. Ihre Chance, endgültig aus Hartz IV herauszukommen, geht gegen Null. Der Tafelladen und das benachbarte Tafel-Restaurant sind für sie häufig die einzige Möglichkeit, ihre Lebensqualität ein wenig anzuheben.

Elvira Sterk hat gerade zwei prall gefüllte Einkaufstaschen vom Tress genommen. Vier Euro hat die 58-Jährige dafür bezahlt. „Hier wird man immer freundlich behandelt“, sagt sie, was nahelegt, dass sie auch anderes kennt. Sie ist dezent geschminkt, trägt einen beigen Steppmantel und spricht den typischen Tonfall der Russlanddeutschen. Elvira kam vor neun Jahren mit ihrer Familie aus Kasachstan. Ihr Mann ist schwer krank und auch für sie selbst bietet der Arbeitsmarkt hier keine Perspektiven. Sie lebt von Hartz IV und ist heifroh über alles, was sie günstig im Tafelladen mitnehmen kann. „Man kauft, was man kriegt, und das kommt auf den Tisch.“ Eine ältere Dame mit dicker Strickmütze pflichtet ihr bei. „Zuhause zu überlegen, was ich essen will, habe ich mir längst abgewöhnt. Es gibt, was es eben gibt.“ Mehr als eine Million Menschen wer-

den bundesweit von Tafel-Einrichtungen unterstützt. Dafür ist erheblich mehr Aufwand nötig, als mal eben beim Bäcker nebenan die Brötchen von gestern abzuholen. Ein Blick auf die Infrastruktur der Singener Tafel macht das deutlich: Gut 50 Tonnen gespendete Waren treibt der Verein pro Monat um. In Rielasingen hat er eine Lagerhalle angemietet, vier Transportfahrzeuge, teils mit Kühleinrichtungen, sind für die gute Sache unterwegs. Mehr als 40 Ehrenamtliche sind allein in Singen aktiv, hinzu kommen zehntausend sogenannte 1-Euro-Jobber.

Der hohe Organisationsgrad der Tafeln ruft auch Skeptiker auf den Plan. Der Furtwanger Soziologie-Professor Stefan Selke ist der bekannteste unter ihnen. „Die Tafeln waren einmal eine Graswurzelbewegung, heute haben sie fast konzernartige Strukturen“, kritisiert er. Eine Ladenkette für Arme sei entstanden. Selke fürchtet, die Tafeln nehmen den Druck aus der Debatte um die Armut. Die staatliche Aufgabe, den Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen, würde immer mehr auf die Tafeln abgeladen. Dort aber seien die Menschen keine Anspruchsberechtigten, sondern schlicht „Almosenempfänger“.

„Herr Selke hat von der Praxis keine



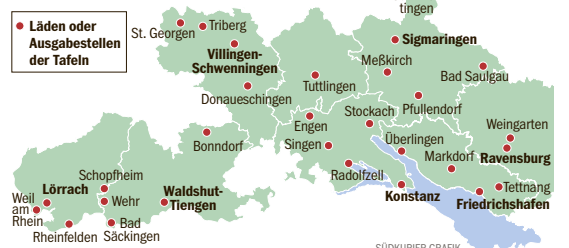
„Es gibt für Geringqualifizierte fast keine Jobs mehr.“

Udo Engelhardt, Singener Tafel

Ahnung,“ behauptet der Singener Tafelchef Udo Engelhardt. Dennoch, auch in seiner Brust schlagen zwei Herzen. Zum einen freut er sich, dass so viele Arme von der Hilfe der Tafeln profitieren. Zum anderen weiß auch er, dass die hohe Zahl der Bedürftigen ein sozialstaatliches Trauerspiel ist. Auch er kennt Arbeitslose, die bei Klagen über zu wenig Geld von ihrem Fallmanager an die Tafel verwiesen werden. Ein Verdienst der Tafeln sei aber, die Armut im Land sichtbar zu machen. Niemand kann sie leugnen.

Im Laden nebenan schieben sich gerade die letzten Kunden dieses Vormittags durch die Tür. Vielen ist anzusehen, dass sie nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Im Tafelladen werden sie mit herzlichem Respekt bedient – nicht zuletzt weil viele Ehrenamtliche hier selbst Hartz IV beziehen.

Tafelläden in der Region



SÜDKURIER-GRAFIK



Mit Begeisterung bei der Arbeit: Nina Birt (Mitte) engagiert sich im Tafelladen in Singen am Hohentwiel. BILD: TESCHÉ

Die Tafel-Idee

► **Der Ursprung:** Die Grundidee, überschüssige Nahrungsmittel an Bedürftige zu verteilen, stammt ursprünglich aus Amerika. Unter dem Namen „Food Bank“ entstand in Phoenix/Arizona 1963 eine erste Abgabestelle für Lebensmittelspenden. In den 1980er Jahren wurde der Gedanke in Großstädten der USA vermehrt aufgegriffen. Zentral ist der Gedanke, die Überproduktion einer Wohlstandsgesellschaft vor einer umweltbelastenden Vernichtung zu bewahren und stattdessen Bedürftigen kostenlos oder günstig zu überlassen. Tafelkunden müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen.

► **Die Waren:** In den Tafelläden gibt es Produkte, die aus dem regulären Handel genommen werden, zum Beispiel weil das Mindesthaltbarkeitsdatum abläuft. Die Tafeln haben klare Absprachen oder Verträge mit Discontern oder Einzelhändlern. Das Sortiment wird ergänzt durch Produktspenden von Unternehmen. Das können Waren sein, deren Verpackung einen Druckfehler hat, oder Überproduktionen, weil ein großer Discounter sein Sortiment geändert hat.

► **Die Mitarbeiter:** Grundsätzlich werden die Tafeln von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragen. Der Tafelverband selbst gibt die Zahl seiner Ehrenamtlichen bundesweit mit 30 000 an. Sie sammeln die Lebensmittel ein, sortieren sie und liefern sie an karitative Einrichtungen aus oder verkaufen sie im Tafelladen. (cr)

Was der Tafelkritiker bemängelt



Stefan Selke, 42, wirft den Tafeln vor, Almosen zu verteilen, statt sich für Arme einzusetzen. Der gebürtige Rheinfelder ist Soziologie-Professor an der Fachhochschule Furtwangen University und schrieb das tafelkritische Buch „Fast ganz unten“.

Herr Selke, die Tafeln sorgen dafür, dass einwandfreie Lebensmittel nicht auf den Müll wandern, sondern bei Bedürftigen ankommen. Genial, oder?

Das ist genial in der Ursprungsidee, vielleicht auch charmant. Die Ursprungsidee der Tafel ist ja, das Ökologische und das Soziale zu verbinden. Der ökologische Gedanke war, Lebensmittel nicht wegzuerfrieren. Dies ist in unserer Kultur hochgradig mit einem Tabu belegt. Das zweite ist der soziale Gedanke, nämlich unzuverteilten, was gebraucht wird. Allerdings hat sich dieses Leitbild „Das Überflüssige umverteilen“ verwandelt in ein Leitbild, das man nennen könnte „Das Fehlende ersetzen“. Da sind wir auch schon am Kern der Kritik zu Tafeln. Die Ursprungsidee der Tafel ist nur deswegen charmant, weil es eine natürliche Grenze gibt. Da Tafeln zunehmend versuchen, Schwankungen auszugleichen, zukaufen und weitere Angebote machen, werden sie schleichend zu Vollversorgern im sozialen Bereich. Das ist etwas völlig anderes.

Wie kommen Sie zu der These, dass die Tafeln die Armut nicht bekämpfen, sondern verfestigen?

Ich bringe das auf die Formel, dass Tafeln eine sehr erfolgreiche Armutsbewältigung leisten. Die Armut an sich bekämpfen sie allerdings nicht. Sie behandeln nur die Symptome, aber nicht die Ursachen. Deswegen muss es erlaubt sein, die Frage zu stellen, wie nachhaltig diese Hilfe ist. Meine Kritik richtet sich vor allem auf zwei Dinge: Das konzernartige Wachsen des Systems und eben auch die politischen Verflechtungen.

Wälzt die Politik eigene Aufgaben auf die Tafeln ab?

Ja, es gibt Symboliken, die das zeigen. Die deutlichsten sind die Schirmherrschaften von Politikern. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Tafeln einen staatlichen Auftrag hätten. Das führt überall zu Fehlurteilungen. Viele glauben, Tafeln seien so etwas wie eine staatliche Einrichtung.

Sie halten es für ein offizielles Zusatzangebot zu Hartz IV?

Genau. Und sie leiten daraus auch

Rechte und ein Anspruchsverhalten ab. Generell haben wir aber bei den Tafeln das Problem, dass wir kaum Fakten über den Erfolg ihrer Arbeit haben. Das ist eine schockierende Diskrepanz zwischen der Verbreitung eines Phänomens und einer nicht vorhandenen Datenlage. Ich bin kein Radikalkritiker der Tafeln und will sie auch nicht abschaffen. Aber ich möchte, dass wir dafür sorgen, dass es bald eine belastbare empirische Datenbasis gibt. Dann können wir bewerten, wie groß der Nutzen wirklich ist.

Machen die Tafeln aus Anspruchsberechtigten Almosenempfänger?

Das empfinden die Menschen ganz klar so. Die meisten sagen, Tafeln sind für sie nur die „angenehmere Abhängigkeit“. Ich arbeite derzeit an einer Sozialreportage, für die ich durch Deutschland reise und mit den sogenannten „Kunden“ der Tafeln spreche. Die einhellige Meinung ist: Es ist eine Demütigung, es ist eine fremdbestimmte Versorgung, es ist eine Notlösung. Aber es ist ganz klar das Bewusstsein da: Mir wäre es lieber, ich könnte mich selbst versorgen. Da kommt auch immer wieder die Forderung: Baut nicht die Tafeln aus, sondern löst das Armutsproblem!

Nimmt der Lösungsdruck auf die Politik durch die Tafeln ab?

Die Tafeln geben letztendlich nichts anderes als ein Almosen. Die Interessenvertreter der Tafeln sagen, durch ihre Existenz zeige man doch das Problem auf. Das sei eine politische Botschaft. Ich sage: Die Tafeln machen nicht die Armut sichtbar, sondern sich selbst. Sie stellen keine politischen Forderungen, knüpfen keine Bedingungen an ihre Arbeit. Ich finde das hasenfüßig und doppelmoralisch. Die Tafeln erwecken den Eindruck, die Leute sind da gut aufgehoben. Ich nenne das Pannendienst der Gesellschaft.

Welche Rolle spielen die Spender?

Die Spender haben die komfortabelste Rolle. Das Image der Tafeln ist ja (noch) recht gut, auch wenn es erste Skandale gibt. Das können Spender für sich nutzen und sich als sozial verantwortungsbewusst präsentieren. Sie haben also nicht nur einen geldwerten Vorteil, weil sie die Entsorgungskosten für überflüssige Waren sparen, sondern auch einen Imagevorteil. Der Aufwand ist gering, der Nutzen groß. Auch deshalb sage ich: Die Tafeln arbeiten nicht daran, sich überflüssig zu machen. Sie arbeiten an irreversiblen Strukturen. Das hat sich schon fest eingespielt.

FRAGEN VON KARINA CHRISTEN

Was der Tafelchef entgegnet



Gerd Häuser, 61, ist seit 2007 Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Tafeln. Der frühere Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt sieht seinen Verband als Nothilfeeinrichtung und nicht als Lobby für die Armen im Land.

Herr Häuser, wie viele Menschen nutzen die Tafeln?

Zurzeit sind es regelmäßig über eine Million Menschen aller Altersstufen.

Wer sind Ihre Kunden?

Das sind in der Regel Hartz-IV-Empfänger. Wir geben ja nur an Bedürftige ab, was diese nachweisen müssen. Darunter sind immer mehr Alleinerziehende und Familien, die voll arbeiten, aber nicht vom Verdienten leben können. Das gab es früher gar nicht. Das liegt an der Zunahme von Billigjobs.

Der Tafel-Kritiker Stefan Selke sieht Sie als Almosenverteiler.

Das ist kein Almosenbereich. Die theoretische Nachhaltigkeit interessiert eine Mutter nicht. Für sie ist wichtig, dass sie dank der Lebensmittelspenden ein wenig spart, mehr am sozialen Leben teilnehmen oder ihr Kind im Sportverein anmelden kann. Sie braucht die Hilfe jetzt. Bis wir alles durchdiskutiert und dann noch die Welt verändert haben - das dauert zu lange für die, die akut arm sind.

Wie eng sind die Tafeln mit der Politik verflochten?

Der Staat ist zuständig für die Daseinsvorsorge. Er ist natürlich daran interessiert, einen Teil dieser Aufgabe an die Bürgergesellschaft abzugeben. Da es eine 100-prozentige staatliche Daseinsvorsorge niemals geben kann, ist das auch in Ordnung. Wir sind auf keinen Fall Teil der deutschen Sozialpolitik. Das können wir auch gar nicht, weil unsere Hilfe nicht berechenbar ist. Wir wissen nie, wie viele Lebensmittel wir morgen reinkriegen.

Lässt der Druck auf die Politik durch die Tafeln nach?

Die US-Regierung unter Reagan hat damals weder Behinderten noch sozial Schwachen Geld gegeben. Dennoch gab es keinen Aufstand von unten. Dass es diesen geben könnte, ist eine theoretische Vorstellung. Den Aufstand der Armen gibt es nicht. Wir agieren übrigens durchaus politisch. Wir fordern Ganztagschulen, kostenloses Essen in den Schulen. Wir haben einen umfangreichen Forderungskatalog und wir warnen dringend vor einer an-

schwellenden Altersarmut.

Empfinden Sie sich als Lobby der Armen im Land?

Was wir in unserer täglichen Arbeit erleben, müssen wir auch nach außen tragen. Wir können nicht nur versorgen, das ist mir zu unkritisch. Wir sind jetzt so weit, dass unsere Stimme auch gehört wird, deshalb müssen wir sie auch erheben. Die soziale Gerechtigkeit ist für mich das zentrale Thema. Wenn das nicht funktioniert, identifizieren sich die Menschen nicht mehr mit dieser Gesellschaft. Hier liegt ein Riesensymbol.

Wenn Sie die Abschaffung der Armut fordern, fordern sie zugleich die Abschaffung ihres Verbandes.

Wer die Abschaffung von Hilfsangeboten wie die der Tafeln fordert, sollte wissen, dass Armut dadurch nicht verschwindet. Wir sind da, weil wir gebraucht werden. In einem derart reichen Land wie dem unseren müsste das jedem Sozialpolitiker die Schamesröte ins Gesicht treiben. Wenn wir tatsächlich nicht mehr gebraucht werden sollten, machen wir morgen gemischt. Die Formel, weil es uns gibt, müssen wir bleiben, gilt für uns nicht. Wir sind schließlich kein Unternehmen.

Ist das Helfen nicht auch ein Stück Selbstzweck geworden?

Das wäre zutiefst menschlich, aber dagegen müssen wir uns wehren. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, dass ich auf längere Sicht nicht sehe, dass man die Tafeln abschaffen könnte. Da muss man nur einen Blick in den Armutsbericht der Bundesregierung werfen: Acht Millionen Menschen in Deutschland sind von Armut betroffen oder bedroht. Ich halte es für wichtig, dass alle Menschen am sozialen Leben teilnehmen können. Wichtig ist uns im Übrigen die ökologische Komponente. Unzählige Lebensmittel werden verteilt - und nicht weggeworfen.

Ärgern Sie sich über Tafelkritiker wie Stefan Selke?

Nein, ich halte ihn für wichtig. Ohne Kritik würden wir vielleicht in eine Selbstgefälligkeit abtauchen. Er hat ja Recht, wenn er Extremfälle skizziert und davor warnt, dass das die Regel wird. Natürlich passieren Fehler. Wir sind auch nur Menschen. Und wir müssen unseren Standpunkt ständig überprüfen. Ich habe damit kein Problem. Dass Herr Selke sich und seine Thesen auch gezielt vermarktet, ist eine andere Sache.

FRAGEN VON KARINA CHRISTEN

Der Boom begann nach der Wende

1993 startete in Berlin die erste Tafel. Nicht zuletzt im Zuge der Wiedervereinigung und des damit einhergehenden wirtschaftlichen Kollapses der Ostindustrie hatte die Zahl der Armen in der Stadt deutlich zugenommen. Die Berliner Tafel begann mit dem Einsammeln von übrig gebliebenen Lebensmitteln bei Bäckern oder Supermärkten und verteilte sie an Organisationen, die zum Beispiel Suppenküchen für Obdachlose anboten.

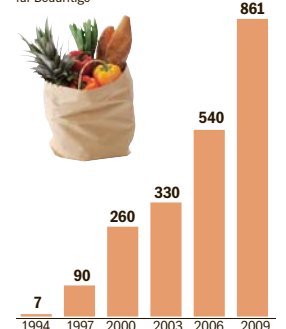
In den Folgejahren kamen mehrere Großstädte dazu. Mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze, die insbesondere die Leistungen von Langzeitarbeitslosen stark beschneiden, kam es ab 2003 zu einem regelrechten Tafelboom. Etwa die Hälfte der heute bundesweit 681 Tafelläden wird von eigens zu diesem Zweck gegründeten Vereinen geführt. Die anderen werden von Wohlfahrtsorganisationen betrieben, etwa dem Roten Kreuz, der Caritas, der Diakonie und vielen anderen mehr. Etwa 95 Prozent der Läden sind im Bundesverband der Tafeln organisiert.

Etlche Tafeln bieten auch Zusatzangebote wie einen warmen Mittagstisch. Immer mehr Läden weiten zudem das Sortiment aus. So wird neben Lebensmitteln und Hygieneartikeln mancherorts auch gebrauchte Kleidung oder Ausschussware abgegeben. Zum Teil gibt es (neue) Bücher aus Überproduktionen. Ein erster Laden bietet bereits Medikamente an. (cr)

Stimmen Sie ab: Finden Sie das Engagement der Tafeln richtig?
www.suedkurier.de/umfrage

Tafelläden in Deutschland

Anstieg der Ausgabestellen für Bedürftige



QUELLE: TAFEL / SÜDKURIER-GRAFIK SCHÖNLIN